

Die Krise des Wachstumsdogmas

Ein Plädoyer für eine intervenierende Sozialwissenschaft

Von **Ulrich Roos**

In „Die Farbe Rot“, seiner beeindruckenden Rekonstruktion der Entwicklung des sozialistischen Denkens, beschreibt Gerd Koenen einige Vorzeichen, die in der Vergangenheit auf nahende Revolutionen hingewiesen haben: die Verrohung der politischen Kommunikation, der Verlust des Respekts vor politischen Autoritäten sowie eine als Zukunftsangst der Gesellschaft verstandene Große Angst („Grande Peur“), kombiniert mit der abnehmenden Fähigkeit der herrschenden Eliten, eine attraktive und überzeugende Vision der Zukunft zu entwickeln.

Alle diese Vorzeichen, aber vor allem das letzte, lassen sich auch in unserer Gegenwart finden. Der Glaube an die ewig währende wohlstandssteigernde Wirkung von Wirtschaftswachstum zerfällt vor unser aller Augen. Insofern das Sein noch immer das Bewusstsein bestimmt, ist es die unmittelbare Erfahrung der fortschreitenden Destabilisierung der Biokreisläufe des Planeten Erde, die das bisher hegemoniale Narrativ einer immerwährenden Steigerung des materiellen Wohlstands nunmehr endgültig in Frage stellt und eine Transformation unserer Lebensweise notwendig erscheinen lässt. Hier verläuft heute die Frontlinie im neuen Glaubenskrieg zwischen der ökonomisch-politischen Orthodoxie steten Wirtschaftswachstums einerseits und den Verfechtern einer neuen großen Erzählung, die das Potential einer tiefgreifenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in sich trägt, andererseits.

Die in den letzten zehn Jahren infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erstarkte und äußerst heterogene Postwachstumsbewegung, die aus mannigfaltigen und teils sehr alten ideengeschichtlichen Wurzeln Kraft bezieht, stellt den Versuch dar, ein politisches Narrativ zu entwerfen, das als neues hegemoniales Projekt eine andere Zukunft der Menschheit ermöglichen kann. Die große Stärke dieser Bewegung ist, dass sie das seit dem Überschreiten der ökologischen Regenerationskapazitäten des Planeten irrational und schädlich gewordene Programm des fortdauernden linearen Wachstumsstrebens unmittelbar attackiert und als zentrale weltgesellschaftliche Problemstellung benennt.

Zugleich ist dies ihre größte Schwäche, da die wachstumskritischen Argumente voraussetzungsreich sind und es eine immense Herausforderung darstellt, diese Gründe in eine einfache, von vielen Menschen schnell zu

begreifende Form zu bringen, die als attraktive, unmittelbar eingängige und emotional berührende neue große Erzählung zum Handeln motiviert und Mut macht.

Welche Widerstände einer solchen Aktivierung im Wege stehen und wie groß die Angst der politischen Gegner ist, wird in den oft polemischen und irrationalen Anfeindungen sichtbar, die gegenwärtig beispielsweise Greta Thunberg oder Kevin Kühnert erfahren müssen, wenn sie – ganz im Sinne öffentlicher Deliberation – politische Alternativen zum hegemonialen Projekt vortragen. Dass die Andersdenkenden von den Verteidiger*innen des Steigerungsdogmas beinahe reflexhaft entweder für wahnsinnig, politisch unmündig und/oder gefährlich erklärt werden, lässt erkennen, wie intensiv der Abwehrkampf des taumelnden Narrativs entlang einer Freund-Feind-Logik geführt wird. Jedoch besteht kein Mangel an philosophischen und soziologischen Begründungen und Forderungen einer „neuen“ Erzählung. Die De-Kolonialisierung des Imaginären (Serge Latouche; Cornelius Castoriadis), das *initium* (Hannah Arendt), die Agonistik (Chantal Mouffe) oder die Idee der konkreten Utopie (Erik Olin Wright) liefern allesamt wichtige Anregungen für die sozialwissenschaftliche Analyse und attraktive Vorstellungen zur Frage der Transformation des gesellschaftlichen Seins. In jüngerer Zeit gewinnen zudem die wachstumskritischen Ideen der Degrowth-Bewegung an Einfluss. Es sind die Überlegungen von Vandana Shiva, Alberto Acosta, Ulrich Brand, Barbara Muraca, Niko Paech, Tim Jackson, Klaus Dörre und vielen anderen, die bei aller Heterogenität doch eines gemeinsam haben: Sie alle entwerfen ein neues hegemoniales Projekt, dem das Potential innewohnt, das bisherige Narrativ vom ewigen Wirtschaftswachstum erfolgreich zu transformieren.

Wohlstandssteigerung im Diesseits statt Glaube an das ewige Leben

Schon seit langem treten die objektiven Krisenphänomene des Wachstumsnarrativs offen zu Tage. Im Zusammenspiel mit der hegemonialen Steigerungslogik hat die von Karl Polanyi beschriebene „Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren“ zu einer Vielfachkrise geführt, in welcher das Abschmelzen des Nordpolareises und die Fluidität des Politischen nicht bloß sinnbildlich verwoben sind: Wir erleben ein historisches Momentum, geprägt von besonderer Gestaltungsnotwendigkeit wie Gestaltungsmöglichkeit, bei gleichzeitiger Kontingenz der Wege seiner Realisierung.

Die große Transformation, deren Zeitzeugen wir sind, erweist sich als nicht-intendierte Handlungsfolge der jahrhundertelangen Hegemonie des immergleichen Heilsversprechens einer immer weiter gesteigerten Produktivität. Einen Vorgang, den schon Hannah Arendt in Anlehnung an Karl Marx als „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ beschreibt, der „so ungeheuer intensiviert“ wurde, dass „seine wuchernde Fruchtbarkeit schließlich die Welt selbst und die produktiven Vermögen“ bedrohen werde. Diese

Bedrohung ist heute real. Der unbedingte Wille zur Wohlstandssteigerung im Diesseits als Kompensation des Verlusts des Glaubens an das ewige Leben im Jenseits und der radikale Anthropozentrismus gefährden heute das Leben zahlreicher Arten inklusive des Menschen selbst. Die entscheidende Frage lautet daher: Werden die Gestaltungs- und Transformationsmöglichkeiten, die an diese als Vielfachkrise bezeichnete Weltlage gekoppelt sind, genutzt – und falls ja, in welcher Weise, sprich: Bringen progressive Bewegungen oder regressive Kräfte mehr Gestaltungsenergie auf?

Entscheidend dafür dürfte sein, welche Erzählung sich im öffentlichen Bewusstsein als neue Zielbestimmung und große Sinnstiftung durchzusetzen vermag. Wird es eine Erzählung sein, die eine radikale Erneuerung von weltgesellschaftlicher Demokratie sowie ökonomischer, ökologischer und politischer Gerechtigkeit gemeinsam mit tiefgreifender ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit verbindet? Oder wird es eine Erzählung sein, welche die herrschende Kopplung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand nicht oder nicht ernsthaft in Frage stellt?

200 Jahre lang »Ohne Wachstum ist alles nichts«

Das seit über zweihundert Jahren ungebremsste exponentielle Wachstum der ökonomischen Aktivität ist nicht bloß irgendein ökonomischer Mechanismus unter vielen. Es war und ist stets die Leitreferenz aller politischen Sinnstiftungen und großen Narrative des 19. und 20. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart. Zwar werden in den 1970er Jahren jene schon immer vorhandenen Stimmen lauter, die auf die fatalen ökologischen Wirkungen und Grenzen dieser Ideologie verweisen. Wenn aber heute Klaus Dörre von der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise spricht, wenn Alberto Acosta und Ulrich Brand die Notwendigkeit verspüren, bald 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome auf die ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums zu verweisen, wenn die Vereinten Nationen den kausalen Zusammenhang von wachsendem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Naturzerstörung beschreiben, dann wird daran mindestens zweierlei deutlich: dass einerseits das Wissen über die Kopplung ökonomischer Aktivität und Beschädigung der Ökosphäre „in der Welt“ ist, dass aber dieses Wissen in den politischen Entscheidungssystemen der Menschheit noch immer nicht handlungsleitend wirkt.

Bis heute werden diese ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums sowohl von den politischen Zentren wie auch den allermeisten Theorien der Volkswirtschaftslehre grosso modo ignoriert. Und die heute dominanten Realo-Flügel der grünen Parteien stellen Wirtschaftswachstum ebenfalls nicht grundsätzlich in Frage, sondern glauben entgegen aller bisheriger Erfahrung an die Versöhnung von Wachstum und Nachhaltigkeit im Sinne eines „grünen“ Wachstums. Trotz aller wissenschaftlichen Studien, die den unmittelbaren und bis heute fortbestehenden Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung benennen (neben dem Klimawandel sind das beschleunigte Artensterben sowie die ungebremsste chemische

Belastung der globalen Ökokreisläufe besonders akut und besorgniserregend), halten die politischen Entscheidungszentren der Welt an der Ideologie des Wirtschaftswachstums fest. Dabei liegen schon lange wissenschaftliche Studien etwa zum Problem der relativen und absoluten Entkopplung oder den verschiedenen Formen des Rebound-Effekts auf dem Tisch – wie auch das Wissen um die im Prozess der Preisfindung unberücksichtigten Verluste an Allmenden und „Naturkapital“, also das Thema der „zurückgehenden Naturdienstleistungen“ und der negativen Externalitäten.

Ökologie, Ökonomie und Politik als drei Dimensionen desselben Prozesses

Ökologie, Ökonomie und Politik, so ließe sich daraus lernen, sind keine getrennten, unabhängig voneinander zu behandelnden Entitäten, sondern drei Dimensionen desselben, nur noch im Gesamtzusammenhang begreifbaren Prozesses. Jede Form der Grenzziehung zwischen diesen Dimensionen ist in ihren politischen Implikationen und Motiven fragwürdig geworden. Dazu gehört auch die Trennung von Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Das Versprechen von der Erkenntnismaximierung qua Arbeitsteilung und Spezialisierung der Wissenschaft hat sich nicht uneingeschränkt eingelöst. Ganz im Gegenteil: Die Zersplitterung der Wissenschaften, zumal der Sozialwissenschaften, steht der Genese eines die Disziplinen übergreifenden „Wissens von der Welt“ massiv im Wege.

Die entgrenzten ökonomischen Handlungen weisen unmittelbar politische und ökologische Wirkungen auf. Eine Gesellschaftsanalyse oder eine Analyse (inter-)nationaler Politik, die über keine oder kaum ökonomische Kenntnisse und Kompetenzen verfügt, fertigt daher kaum hilfreiche Theorien für die gesellschaftliche Reflexion der Gegenwart an. Dies gilt auch für die sozialwissenschaftliche Disziplin der Volkswirtschaftslehre, wenn sie den ursprünglich politischen Charakter des Fachs vergisst. Viele Ökonomen scheinen zudem aus dem Blick verloren zu haben, dass Märkte nicht voraussetzungslos unter Bedingungen von Pareto-Gleichgewichten operieren, sondern politischen Machtmechanismen, dem Streben nach Kartellbildung oder der Beeinflussung politischer Entscheidungen zugunsten von bestimmten Marktteilnehmern unterworfen sind. Daher ist es notwendig, Märkte immer wieder auf ihre gesellschaftlich intendierten und nicht-intendierten Handlungsfolgen zu überprüfen und gegebenenfalls politisch zu regulieren.

Um die Welt zu begreifen und das Geschehen zu erklären, bedarf es daher eines Verständnisses der wesentlichen physikalischen, chemischen, biologischen, ökonomischen und politischen Mechanismen. Auf einer solcherart geteilten Übereinkunft lässt sich unter anderem erkennen, dass eine Re-Orientierung der Weltwirtschaft an den Bedürfnissen der Weltgesellschaft sowie eine Rückbesinnung der Volkswirtschaftslehre auf ihre Kritik-Funktion von großem Wert sind. Ob hierbei und angesichts der globalen Bedrohung der Ökosphäre eine sich „national“ definierende Wissenschaft noch immer einem „Volk“ dienen wollen sollte oder ob Wissenschaft zukünftig

nicht nur supradisziplinär, sondern zugleich supranational zu fundieren wäre, scheint eine für unserer Zukunft zunehmend relevante Frage zu sein. Damit ist zugleich das Problem adressiert, wie eine verfasste Weltgesellschaft zu denken und wie das supradisziplinäre und supranationale Wissen zu demokratisieren wäre.

Terrestrische Perspektive statt Anthropozentrismus und methodologischem Nationalismus

Insbesondere die Idee einer Demokratisierung des Wissens wirft die Frage auf, wie Gesellschaft zukünftig gedacht werden kann – und welchen Blick sie auf sich und ihre Beziehung zur Ökosphäre einnimmt.

Die Analyse der ökonomisch-ökologisch-politischen Diskurse lässt hier eine Bruchlinie erkennen, die, grob skizziert, zwischen einer nationalgesellschaftlich-kommunitaristisch-anthropozentrischen und einer weltgesellschaftlich-kosmopolitisch-terrestrischen Position verläuft. Während die hegemoniale Logik des Wirtschaftswachstums an den Nationalstaat als zentrale politische Einheit und das Konkurrenzprinzip gebunden bleibt und diese Institutionen sich wechselseitig stärken, nimmt die Postwachstumsbewegung häufig eine kosmopolitische Perspektive ein, mit sehr unterschiedlichen Antworten auf die Frage, welche Funktion dem Nationalstaat zukünftig noch zukommen sollte.

Entscheidend ist jedoch zunächst die grundsätzliche Differenz zwischen einerseits der bislang hegemonialen Perspektive, die auf die Wohlstandsmehrung von Menschen innerhalb eines nationalstaatlich begrenzten Raums zielt, und dies zunächst unabhängig von Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Ungleichheit innerhalb und zwischen den nationalstaatlichen Räumen. Sowie andererseits einer Perspektive, die über die Frage der Zukunft der Biokreisläufe der Erde und einem guten Leben aus Perspektive der gesamten belebten wie unbelebten Natur nachdenkt.

Diese Bruchlinie lässt sich auch mit Hilfe einer Analyse der Protestbewegungen der Gegenwart nachzeichnen. Entlang der neuen zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinie von „Wohlstandsmehrung qua grünem BIP-Wachstum“ vs. „Gutes Leben als Schutz der Biosphäre und Suffizienz“ formen sich unterschiedliche Protestbewegungen aus. Proteste vom Typus der Gelbwesten in Frankreich oder der Sammlungsbewegung Aufstehen in Deutschland werden zuvorderst von ökonomischen Verlustängsten und Ungleichheitserfahrungen angetrieben. Diese Protestbewegungen sind nationalgesellschaftlich definiert und organisiert, hinterfragen das hegemoniale Narrativ der Steigerungslogik nicht, sondern fordern lediglich eine „fairere“ Allokation der geschaffenen Werte. Davon lassen sich etwa die „Fridays for Future“-Demonstrationen oder die Proteste rund um den Hambacher Forst unterscheiden, die zwar ebenfalls „nationalgesellschaftlich“ formiert sind, aber von einer terrestrischen, umweltethischen Positionierung bestimmt werden.

Bei alledem mögen die nationalgesellschaftlichen Proteste gegen ökonomische Ungleichheit und das Ringen für den Erhalt der planetaren Ökosphäre zwar in mancherlei Hinsicht Hand in Hand gehen, identisch sind sie nicht. So wenig jeder Kampf gegen die zunehmende ökonomische Ungleichheit gleichbedeutend mit Kapitalismuskritik ist, was zahlreiche national-egoistisch, kommunitaristisch positionierte Gewerkschaften seit Jahrzehnten demonstrieren, so wenig eindeutig ist die Antwort auf die Frage, welche ökonomische Organisationsform dem Ziel des Erhalts der Ökosphäre am dienlichsten ist (was etwa die Erfahrung der massiven Umweltzerstörung durch planwirtschaftlich organisierte Ökonomien belegt). Die Kritik an der hegemonialen Logik einer fortlaufenden Steigerung des Wohlstands zu Lasten der Biosphäre ist gerade kein natürlicher Verbündeter jener Bewegungen, die eine Umverteilung (teilweise) nur deshalb verlangen, um die Konsumbedürfnisse des ansonsten als sinnlos erlebten Lebens zu befriedigen und den Fluss der Zahlungsvorgänge aufrechtzuerhalten, ohne damit zugleich die Forderung einer drastischen Entlastung der Naturkreisläufe zu verbinden. Anders ausgedrückt: Eine Reduktion der Ungleichheit muss keineswegs eine Reduktion der Umweltbelastungen bedeuten. Dies gilt jedoch auch umgekehrt. Deshalb erscheint es als keineswegs zwangsläufig, eine Position einzunehmen, die beide Kämpfe miteinander verbindet, aber doch als immerhin möglich.

Entscheidend ist dabei wohl, ob der Planet und potentiell das ganze Universum anthropozentrisch als bloße „Umwelt“ verstanden werden, deren Mittelpunkt der Mensch und seine nationalen Gesellschaften bilden, oder ob der Ausgangspunkt der Betrachtung das Große und Ganze ist, also wenigstens der Planet und seine Biokreisläufe, das Raumschiff Erde, so dass der Mensch nur als Element des Systems, als einer von vielen Passagieren begriffen wird. Dies berührt die Frage, welcher Institutionen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung die Weltgesellschaft bedarf, angesichts der notwendigen großen Transformation.

In diesem Zusammenhang mag ein Desiderat des gegenwärtigen Postwachstumdiskurses darin bestehen, dass dort die inter-, trans- und vor allen Dingen supranationale Dimension politischer Legitimation und Entscheidung zu selten in den Blick gerät. Angesprochen sind etwa die wohl nicht zufällig zeitgleich mit dem Wiedererstarken wachstumskritischer Perspektiven im Zuge der Weltwirtschaftskrise wiederbelebten Diskussionen um eine „United Nations Parliamentary Assembly“ oder die von Jürgen Habermas vorgetragene Idee eines „Weltparlaments“, das sowohl die Weltbürger*innen wie zugleich alle Staaten repräsentieren würde. Damit ist nicht gesagt, dass die große Transformation top-down erfolgen könne oder gar ausschließlich auf diesem Wege erfolgen sollte. Doch insofern die Erde ein Gesamtsystem darstellt, das einem Raumschiff ähnlich ist, dessen ökologische Stabilisierung zur Vermeidung eines „systemischen Kollapses“ (Donella Meadows) ein ausschließlich supranational zu lösendes Problem darstellt, gilt es wohl erstens das schon lange transnational agierende ökonomische Weltsystem endlich wieder adäquat zu (be-)steuern und zweitens die hierzu notwendige Realisierung supranationaler Institutionen durch eine gerechte Verteilung

der Ressourcen und Lebensbedingungen zwischen den gegenwärtig konkurrierenden Nationalstaaten zu erreichen.

Werkzeuge zur supranationalen Steuerung der Finanz- und Wirtschaftssysteme sind dabei von besonderer Bedeutung, wie etwa der 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods von John Maynard Keynes vorgelegte Vorschlag einer Weltzentralbank (International Clearing Union), die unter anderem (Außenhandels-)Überschüsse von Staaten mit Strafzinsen belegen sollte. Alle Vorstellungen einer konsequenten supranationalen Vergesellschaftung müssen jedoch stets vor dem Hintergrund demokratischer Legitimationsprobleme diskutiert werden – also entlang der Frage nach der zukünftigen Ausgestaltung demokratischer Verfahren.

Über (radikale) Demokratie

Damit ist die Frage berührt, wie eine solche weltgesellschaftlich-kosmopolitisch-terrestrische Position in konkrete politische Institutionen transformiert werden kann. In diesem Zusammenhang gilt es anzuerkennen, dass die Leitideen des neuen großen Narrativs – „Akzeptanz ökologischer Grenzen“, „trans- und innergesellschaftliche Umverteilung“ sowie „Gutes Leben trotz unvermeidlicher Schrumpfung des BIP im globalen Norden“ – grundsätzlich auch mit totalitären politischen Systemen kompatibel sein können. Oder anders formuliert: Kämpfer*innen für eine große Transformation oder eine neue Erzählung werden sich aktiv für den Erhalt und den Ausbau demokratischer Verfahren einsetzen müssen, da kein Grund zur Annahme besteht, eine demokratische Erneuerung würde sich automatisch aus einer Transformation der ökonomischen Wachstumsprämisse hin zu einer Postwachstumsperspektive ergeben.

Umgekehrt spricht jedoch einiges dafür, dass die Erneuerung der Demokratie eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der großen Transformation und das Durchbrechen der gegenwärtigen politischen und sozialpsychologischen Herrschaft des Wachstumsdogmas sein wird – nämlich im umfassenden Sinne als Re-Politisierung der Bürger*innen und ihres alltäglichen, kommunalen und lokalen Handelns sowie als Formierung parlamentarischer Strukturen der Postwachstumsbewegung.

Neben dem bereits skizzierten Bedarf an demokratischer Legitimation und problemlösenden Verfahren auf weltgesellschaftlicher Ebene besteht in der Degrowth-Debatte weitgehende Einigkeit darüber, dass möglichst viele Entscheidungen in lokalen Zusammenhängen getroffen werden sollten. Zu denken wäre hier unter anderem an die Demokratisierung von Unternehmen, die direkte Beteiligung der Bürger*innen an kommunalen Entscheidungen, an Experimente mit Randomocracy sowie an die positiven Erfahrungen der spanischen Indignados oder der von Südafrika ausgehenden Ubuntu-Bewegung mit direkter, konsensorientierter Demokratie.

Die Analyse der diesbezüglichen Diskurse macht aber auch das grundlegende Misstrauen vieler Debattenteilnehmer*innen – gerade auch aus

dem linken Spektrum – gegenüber dem Staat offensichtlich, der dort nicht als Repräsentant der Gesellschaft, sondern als eine gegenüber dem eigentlichen Souverän verselbstständigte Macht im Gewand einer „bloß formalen“, vermeintlich „repräsentativen Demokratie“ verstanden wird. Diese Kritik an der liberalen, repräsentativen Demokratie wird mit Ideen einer „radikalen“ Demokratie verbunden, die zuvorderst auf die Demokratisierung aller lebensweltlichen und staatlichen Institutionen zielt.

Wenig, genau genommen fast gar nicht thematisiert werden dabei die Überlegungen der Vergleichenden Politikwissenschaft etwa zu den Vorzügen und Nachteilen konsens- und konkurrenzdemokratischer Institutionen, zu Konkordanzsystemen, zur Tyrannei der Mehrheit, den Herausforderungen des Minderheitenschutzes, den Vorzügen eines Subsidiaritätssystems und vor allem anderen die Bedeutung von Bildung für Demokratie. Wenn aber der Legitimationsgrad demokratischer Institutionen von der Qualität der meinungs- und willensbildenden Deliberation unter den Bürger*innen abhängt, kommt dem Aspekt der Bildung eine Schlüsselfunktion zu.

Anders formuliert: Wer eine große Transformation wünscht, deren Kern Demokratie und Schutz der Ökosphäre darstellen, muss die „Angst vor den wilden Massen“ (Ulf Bohmann und Barbara Muraca) abschütteln und das Wissen über die grundlegenden Fakten der Weltsituation auch jenseits wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Eliten (mit-)teilen. Ganz im Sinne der von immer mehr Wissenschaftler*innen geforderten „Neuen Aufklärung“ (Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman) könnten die bisher noch immer überwiegend skeptischen Menschen so in die Lage versetzt werden, aus freiem Entschluss Teil dieser Bewegung zu werden.

Die Krise der politischen Bildung

Kurzum: Die Saat der Demokratiekrise besteht wohl nicht allein in der ökonomischen Ungleichheit, sondern in einer damit korrelierenden Krise der politischen Bildung. Wer die Vorgänge einer komplexen Welt nicht versteht und sich zugleich ökonomisch von den staatlichen Institutionen nicht vertreten fühlt, neigt kaum zur Verteidigung der repräsentativen Demokratie.

Eine Postwachstumsbewegung kann ihre Zielsetzungen unter demokratischen Bedingungen aber nur dann erreichen, wenn die Menschen die weltumspannenden ökonomisch-ökologisch-politischen Krisenzusammenhänge nachvollziehen können. Neben der Demokratisierung der Entscheidungswege bedarf es also auch der Demokratisierung der Bildung. Erst wenn diese beiden Ziele erreicht sind und das Wissen über die Zusammenhänge von Ungleichheit, Demokratiekrise, Wachstumsstreben und ökologischer Krise demokratisiert worden ist, erscheint die demokratische Steuerung der Kapitalflüsse möglich – im Sinne echter Mitsprache über eine gerechtere Verteilung und eine sowohl ökologisch wie ökonomisch klügere, wirklich nachhaltige Allokation des Kapitals. Dies alles wird zukünftig aber wohl nur noch trans- und supranational zu erreichen sein, da die ökologische Krise

des Planeten eine rapide politische Vergemeinschaftung der Menschheit notwendig macht. Insbesondere die entscheidende Frage der Verteilungsgerechtigkeit und die daran gekoppelte Herausforderung der (Be-)Steuerung des ökonomischen Systems lässt sich wohl nur noch supranational und weltgesellschaftlich beantworten. Diese Argumente sind jedoch derart voraussetzungsreich und so weit entfernt von der bislang dominierenden Logik des zwischenstaatlichen sowie innergesellschaftlichen Konkurrenzdenkens und Wachstumsstrebens, dass es zweifellos massiven Aufwands bedarf, um die Menschen von den Vorzügen einer supranationalen, weltgesellschaftlichen Verfassung zu überzeugen.

Sozialwissenschaft als *Vita Activa*

Im Sinne einer Erneuerung der Demokratie können die genannten Herausforderungen nur von jenen gesellschaftlichen Kräften übernommen werden, die über die hierfür entscheidenden vier Ressourcen verfügen: Wissen, Zugang zur Öffentlichkeit, demokratische Gesinnung und Überparteilichkeit.

Eine gesellschaftliche Gruppe, die im Großen und Ganzen besehen zwar über diese Ressourcen verfügt und deren berufliche Verpflichtung sogar genau darin besteht, diesen Bildungsauftrag zu erfüllen, nimmt diese Aufgabe – von schon immer vorhandenen Ausnahmen einmal abgesehen – jedoch nur äußerst zögerlich wahr: die Gruppe der (Sozial-)Wissenschaftler*innen. So es nicht doch an Überparteilichkeit und demokratischer Gesinnung mangelt, bleibt angesichts der offensichtlichen Krise der politischen Bildung zu klären, welche der anderen beiden Voraussetzungen fehlen – ob also die Wissenschaft über zu wenig Wissen verfügt oder der Zugang zur Öffentlichkeit verstellt ist.

Den weiter oben erwähnten Mangel an supradisziplinärem Denken einmal beiseitelassend, verfügen die Sozialwissenschaften doch über äußerst plausible Kenntnisse der Ursachen, Zusammenhänge, Auswirkungen und potentiellen Lösungswege der gegenwärtigen Vielfachkrise. Als zentrales Problem könnte sich daher letztlich entpuppen, dass Sozialwissenschaftler*innen sich eigentümlich zurückhalten, wenn es darum geht, überhaupt Kontakt mit der Öffentlichkeit zu suchen und dieser das erarbeitete Wissen in einer allgemein verständlichen Sprache mitzuteilen.

Verantwortlich dürfte hierfür das innerakademische Regelwerk der Anerkennungsvergabe sein. Dieses belohnt die Hinwendung zur größeren Gesellschaft kaum, das Publizieren in von nur wenigen Fachkolleg*innen gelesenen Journals hingegen stark. Tendenziell bestraft es sogar die Kommunikation mit der größeren Gesellschaft, da „gute Wissenschaft“ das Rampenlicht und den Beifall der Öffentlichkeit gerade nicht suche. Das imaginierte „Publikum“ sozialwissenschaftlicher Argumentation und Deliberation ist daher nach wie vor zuvorderst die *community of scientists*. Wie aber soll eine derart exklusive Kommunikation einen Beitrag zur Demokratisierung der größeren Gesellschaft leisten?

Das hier beschriebene Phänomen der Öffentlichkeitsscheu mag mit der besonderen Bedeutung der gemeinhin mit Max Weber verbundenen Position des Wertneutralitätsgebots für das kollektive Selbstverständnis der Sozialwissenschaften zusammenhängen. Die dort reproduzierte Humesche Idee einer strengen Differenzierung von Seins- und Sollens-Aussagen, die eingeforderte sterile Trennung der wissenschaftlichen Denklabore von den vermeintlich objektivitätsvernichtenden gesellschaftlichen Werten sowie die strikte Unterscheidung von Wissenschaft und Politik führen jedoch zu einer fatalen Zurückhaltung bezüglich der Kommunikation vorliegender sozialwissenschaftlicher Weltdeutungen gegenüber der Öffentlichkeit. Es dürfte aber gerade die wichtigste Aufgabe der Sozialwissenschaften sein, ihre Erkenntnisse mit der Öffentlichkeit zu teilen und dies in einer Weise zu tun, die auch Nicht-Expert*innen das Nachvollziehen und die Bewertung ermöglichen.

Dabei könnten sich die Sozialwissenschaften durchaus an der primär naturwissenschaftlichen Vereinigung Scientists for Future ein Beispiel nehmen. Diese schreckt nicht davor zurück, mit ihrem Fachwissen in allgemeinverständlicher Weise in die „Fridays for Future“-Debatte zu intervenieren.

Das eigene, erarbeitete Wissen über die gesellschaftlichen (Fehl-)Entwicklungen bereitzustellen, ist das öffentliche Gut, das die Sozialwissenschaften produzieren sollten, um Demokratie zu unterstützen und den Bürger*innen ein politisch wirksames „aktives Leben“ im Sinne von Hannah Arendt mit zu ermöglichen. Die seltsame Angst vor dem Austausch mit Gesellschaft, der Rückzug in die Abgeschlossenheit der wissenschaftlichen Gemeinschaft, das bequeme Festhalten am erkenntnistheoretisch kaum je plausiblen Gedanken der Wertneutralität bedeuten dagegen heute Versagen und Verantwortungslosigkeit der Sozialwissenschaften.

Webers Postulat mag nicht zuletzt einer Abwehr des Einflusses des monarchistischen Staates auf die Denklabore gedient haben. Im demokratischen Staat benötigt Wissenschaft einen solchen Abwehrmechanismus jedoch nicht mehr, da die Freiheit der Wissenschaft Verfassungsrang genießt.

Umgekehrt verwandelt sich Wertneutralität in eine Verweigerung der Verteidigung der Demokratie. Die Postwachstumsbewegung benötigt jedenfalls die Unterstützung der Sozialwissenschaften in ihrem gleichzeitigen Bemühen um eine Erneuerung der Demokratie und ein Ausbalancieren von ökonomischen Wünschen und ökologischen Realitäten. Der Wille, für bestimmte Werte jenseits von Parteifunktionen politisch tätig zu werden und hierbei die Wege einer neuen (Welt-)Gesellschaft zu erkunden, ist Teil der Selbstbefreiung von politischer Lähmung und Passivität auch der Sozialwissenschaften. Wer sich hierzu wertfrei verhalten möchte, trennt Wissenschaft von Gesellschaft und glaubt an ein richtiges Leben im falschen – zum Schaden unserer Demokratie.